***Aus einem Interview mit Dr. Alexander Charlamenko, geführt am 8.2. 2016 in Moskau von Gudrun Havemann***

Teil 3

**Auswege aus der ukrainischen Sackgasse?**

*G.H.: Die Kriminalisierung der Sowjet-Ära in der Ukraine setzt sich fort, unlängst wurde nun auch noch die KP verboten – neben der ohnehin aufgeheizten antirussischen Atmosphäre kein Zeichen von Entspannung in Sicht ...?*

A.C.: Die Abtragung und Zerstörung von Lenin-Denkmälern dient den herrschenden ukrainischen Nationalisten vor allem als Symbol des Zerwürfnisses mit Russland, so auch das Verbot der KPU, die in den letzten Jahren ja eine sehr gemäßigte Partei war. Sie hatte sich weder im Umbruch der Maidan-Ereignisse hervorgetan, noch sonst irgendeine aktive Gegenwehr unternommen. Das einzige, was sie wirklich getan hatte, war, dass sie durch Lobbyarbeit die Beziehungen mit Russland moderiert hatte, und genau dafür wird sie jetzt verboten.

Damit aber verbaut man sich mit Sicherheit einen der möglichen Kanäle zu einer dringend erforderlichen Kompromisslösung.

Wobei die ganze Sache sowieso nicht zwischen Moskau und Kiew entschieden wird, sondern zwischen Moskau, Washington und Brüssel. Wenn sie entschieden ist, dann kann Kiew machen, was es will... ebenso die Kämpfer im Donezbecken.

Wenn aber nichts entschieden wird, dann bewegt sich auch nichts, oder aber der Konflikt wird gelöst werden in einer extrem reaktionären Richtung. In diesem Fall wird man nicht nur den Donbass, sondern auch die Krim den ukrainischen Ultrarechten ihrer Rache überlassen.

In diesen Tagen hat das Europarlament noch einmal die Bedingungen verschärft, unter denen die Sanktionen gegen Russland beendet werden könnten. In der vergangenen Variante der Resolution war die Rede von der Beilegung des Konflikts in der Ostukraine. Jetzt wurde ergänzt, dass die Rückgabe der Krim die Bedingung ist. Dieser Kurs zielt auf die vollständige Ausschaltung von Putin, denn es ist völlig klar, dass er dieser Forderung nicht nachgehen kann. Das bedeutet das Gleiche, wie von Syrien den Rücktritt Assads zu fordern, mit anderen Worten, das Einverständnis zur vollständigen Kapitulation.

*G.H.: Wie kommt man nun heraus aus dieser Sackgasse?*

A.C.: Ich befürchte, die Sackgasse ist ursprünglich dadurch und in dem Moment entstanden, als die russische Führung sich nicht dazu entschließen konnte, sich konsequent dem Staatstreich auf dem Maidan entgegenzustellen und entweder Janukowitsch oder aber diejenigen Kräfte zu unterstützen, die sich dem Umsturz widersetzten.

Meiner Ansicht nach hatte Janukowitsch selbst damals noch versucht, einen radikalen Kurswechsel einzuleiten. Er hat ja die Vorbereitungen der Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen mit der EU bis zum Herbst 2013 selbst angeführt, sich dann aber plötzlich um 180 Grad gedreht. Wie kam es dazu?

Ich denke, dass das nur vor dem Hintergrund der Verhandlungen über das TTIP-Abkommen zu verstehen ist. Denn plötzlich wurde nicht nur Janukowitsch, sondern auch Moskau und sogar Peking klar, dass sie es mit einer ganz anderen EU zu tun bekommen würden. Nicht mit der, mit der sie bereit waren, das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine zuzulassen, sondern mit einer EU, die sich künftig auflösen würde in einer Transatlantischen Partnerschaft, welche noch dazu mit einer Transpazifischen Partnerschaft verschmelzen würde. Mit der EU allein hätten Russland und auch China wohl noch einen Modus vivendi gefunden. Aber in einer derartigen neuen Konstellation wäre von ihren eigenen Wirtschaften nur noch ein nasser Fleck übriggeblieben – vor allem von der russischen, von der ukrainischen ganz zu schweigen.

Und daher sind sie um 180 Grad umgeschwenkt. Das betrifft nicht einmal so sehr Russlands Führung selbst, die sich gerade von der Olympiade von Sotschi ablenken ließ und dabei Zeit verspielte, als vielmehr Peking, das damals ziemlich entschiedene Pläne fasste, um z.B. insbesondere für chinesische Waren einen großen Exporthafen auf der Krim zu errichten, große Ländereien in der Ukraine zu pachten – und gegen dies alles war der Umsturz gerichtet.

Leider hat sich niemand dazu entschließen können, dem ganzen Versuch sofort eine Abfuhr zu erteilen, alle bemühten sich bis zuletzt, irgendeinen Kompromiss zu finden.

Im Ergebnis bekamen sie einen gewaltsamen Umsturz und eine Situation, in der sie mit Verspätung nur noch einen halben, partisanenähnlichen Widerstand im Donezbecken und das Referendum zur Selbstbestimmung auf der Krim, deren Wiedervereinigung mit Russland unterstützen konnten, wobei sie sich bis heute scheuen, auch nur diesen Begriff zu benutzen. Zu Sowjetzeiten hatte man den Vertrag von Perejaslaw*,* durch den sich 1654 die ukrainischen Kosaken unter die Macht des russischen Zaren begaben, als Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland bezeichnet, nicht als Vereinigung mit Russland, sondern eben Wiedervereinigung. Heute scheut man sich diesen Begriff selbst nur in Bezug auf die Krim zu verwenden, obwohl er sich geradezu aufdrängt. Sie befürchten sogar, den 18. März als offiziellen Feiertag der Wiedervereinigung einzuführen, anstelle ihres widerwärtigen 12. Juni, der die Zerstörung der UdSSR symbolisiert. Das alles nenne ich einen „Aufstand auf Knien“. In Russland und im Ausland begeistern sich viele für Putin und wie er es angeblich den anderen zeigt, aber in meinen Augen sind das alles Tropfen auf den heißen Stein – im Vergleich zur Dimension der Herausforderungen, vor die uns die gegenwärtige Welt stellt.

Andere, vor allem aus national-patriotischen Kreisen, kritisieren Putin dafür, dass er den Aufstand im Donezbecken nicht genügend unterstützt und die beiden Republiken nicht anerkannt habe, dass er nicht deren Anschluss an Russland betreiben würde, was viele am Don begrüßt hätten. In meinen Augen sind das keine realistischen Wünsche. Klar ist eher, dass hiermit faktisch die reale Gefahr eines Weltkriegs beschwört werden würde – in einer Situation, die sich seit 2014 in der Welt herausgebildet hat! Zu so etwas wäre selbst die Sowjetunion nicht bereit gewesen – wie kann man das dann von einem Russland unter Putin erwarten? Die gesamte russische Elite hat doch außerdem wirtschaftliche Interessen im Westen und ist in nicht unbedeutendem Maße in die Strukturen des modernen transnationalen Kapitals eingebunden. Wenn es mit diesem auf Konfrontationskurs geht, dann nur deshalb, weil es selbst sie dazu zwingt und keinen anderen Ausweg lässt, nicht aber, weil es ihre eigene Wahl wäre.

Andererseits ist ganz offensichtlich, dass die „abtrünnigen“ Republiken, dieser kleine Streifen an der Grenze zu Russland, keine einzige Woche hätten existieren können, wenn sie nicht de facto die Hilfe von russischer Seite genutzt hätten.

*G.H.: Wer kämpft aktuell eigentlich noch in diesen Gebieten?*

A.C.: Der Krieg ist dort faktisch eingestellt worden, es gibt noch vereinzelte Schusswechsel. Man sagt, dass etwa 60 % der Verteidiger der Republiken lokale Kräfte darstellen, es gibt auch russische Freiwillige, die aber nie die Mehrheit stellten. In den letzten Jahren und Monaten gab es aber viele tragische Ereignisse, einige Anführer mit hoher Autorität und besonders radikale Kommandeure der Aufständischen wurden ermordet – offiziell durch ukrainische Geheimdienste, aber es gibt den Verdacht, dass die Sache nicht ohne lokale Mittäter auskam, mit denen diese Kommandeure im Konflikt waren, und womöglich auch nicht ohne bestimmte Fingerzeige aus Moskau.

Von Anfang an konnte ich nichts der Version abgewinnen, die insbesondere Anhänger der KPRF und anderer russischer KP und sogar einige der europäischen Linken vertraten, die die Kämpfer in den beiden Republiken mit den Spanienkämpfern der 1930-er Jahre oder mit den Revolutionären von Nikaragua der 1980er Jahre verglichen. Sie erschienen ihnen gewissermaßen wie ein neues Licht am Horizont, wie ein neuer revolutionärer Aufbruch zur Sowjetmacht, die man nur noch dazu ermuntern müsste, die rote Flagge zu erheben und die proletarische Revolution auszurufen. Menschen, die so auftraten, darunter auch einige Aufständische selbst, haben die reale Situation leider nicht verstanden: In der Welt und in Europa gibt es zur Zeit keine Situation des revolutionären Aufschwungs, der mit den Jahren 1917/18 oder mit 1945 auch nur irgendwie vergleichbar wäre, und hinter ihnen steht keine Sowjetunion. Das einzige reale Hinterland für sie ist ein kapitalistisches Russland, das keineswegs unabhängig vom imperialistischen Westen agieren kann. Niemals würden sie weitergehen können, als es das Kräfteverhältnis in diesem Russland und zwischen ihm und dem Westen zulässt.

Übrigens so wenig, wie auch derzeit die Palästinenser eine reale Möglichkeit dazu haben, oder die kolumbianischen Partisanen, die Friedensverhandlungen mit der Regierung Kolumbiens führen. Der Unterschied liegt nur darin, dass die Palästinenser und Kolumbianer das verstehen, aber im Donbass und unter den russischen und europäischen Linken es viele nicht verstehen.

*G.H.: Worin siehst du selbst einen Ausweg?*

A.C.: Die einzig reale Variante eines Auswegs liegt m. E. in der Föderalisierung der Ukraine. Es ist nur zu bedauern, dass die sowjetische Ukraine damals als unitärer Einheitsstaat geschaffen wurde, obwohl es sich um ein Vielvölkerreich handelt. Von Beginn an hätte man eine Föderation gründen müssen. Eine Föderation des russisch-sprachigen Neurussland im Süden, Galiziens im Westen, wenn man es schon als Bestandteil der Ukraine aufnehmen wollte, Transkarpatien als besonderes Gebiet, das fast eine eigene kleine Nation hätte bilden können und eine Reihe anderer. Dann hätte es später viel weniger Probleme gegeben. Um nochmal auf Putins Vorwurf gegenüber Lenin zurückzukommen – was wäre gewesen, wenn es einen Einheitsstaat gegeben hätte: Es hätte genau das gegeben, was heute in der Ukraine passiert. Es wäre so oder so zum Zerfall gekommen, aber dieser wäre noch viel blutiger verlaufen.

Wenigstens jetzt müsste es gelingen, eine Vereinbarung auf internationaler Ebene zu erreichen. Äußere Kräfte sind schon in einem so hohen Maße Akteure des Konflikts – sowohl Russland, als auch der USA-NATO-Block, die EU, die Türkei, dass es ohne internationale Vereinbarungen nicht möglich sein wird, irgendeinen Ausweg zu finden.

Gut wäre es eben, auf dem Wege solcher Vereinbarungen die Föderalisierung der Ukraine zu erlangen, bei Erhalt einer vorwiegend russisch-sprachigen autonomen Staatsbildung im Osten. Autonomie könnten in diesem Kontext auch Transkarpatien und Galizien bekommen, auf ähnlichem Wege könnte dann auch das Problem mit Transnistrien beigelegt werden - das ist die einzige Möglichkeit, um ohne weiteres Blutvergießen aus dieser Situation zu kommen.

Das heißt, diese höchst belastete Situation kann nicht verbessert werden auf dem Wege einer Unitarisierung, nicht einmal auf dem Wege einer Art territorialer Föderation, welche im Grunde die Bundesrepublik heute darstellt. Man hatte diese Variante ja nach dem Krieg von Seiten der Verbündeten nur deshalb eingeführt, um nicht erneut eine erstarkende Zentralmacht in Deutschland befürchten zu müssen. Hier haben wir eine völlig andere Situation.

Früher waren Marxisten oft gegen eine Föderalisierung, sie plädierten stets für einen Einheitsstaat. Doch Engels und Lenin machten damals schon aufmerksam darauf, dass in den Fällen, wo die nationale Frage große Probleme mit sich bringt, eine föderale Variante zu bevorzugen sei. Darin kann man zusammengehören und dennoch als verschieden akzeptiert werden und die eigene Identität bewahren, so dass sich niemand besonders bedrängt fühlt.

Darüber hinaus müsste diese Variante in der Ukraine aber auch noch eine andere Gruppe von Problemen lösen: Auf dem Territorium der Ukraine stehen sich ja außerdem, wie ich schon erwähnte, verschiedenste internationale Kräfte gegenüber, die jede für sich ihre Interessen verfolgt. Und keine kann gewaltsam eine Sieg über die jeweils andere davontragen. Letztlich kann so etwas nur zur vollständigen gegenseitigen Erschöpfung aller Kräfte führen, „zum Untergang aller kämpfenden Klassen“, nach einem Ausdruck von Friedrich Engels, zu einer Neuauflage des Dreißigjährigen Krieges, wenn man an die deutsche Geschichte denkt, und zu nichts anderem.

Diese Situation aber macht die Ukraine eher mit Syrien und einer Reihe von anderen Staaten der gegenwärtigen Welt vergleichbar. Hier muss, koste es was es wolle, ein Kompromiss erreicht werden, und zwar nicht nur und nicht einmal so sehr zwischen den lokalen Akteuren, wie zwischen den internationalen Akteuren. Wer auch immer aus diesem Anlass welche Tränen vergießen mag, und die verletzte Souveränität, die verletzte UN-Charta ins Feld führt – am Ende kommt man nicht umhin, die Position des historischen Materialismus zu beziehen, nämlich vom objektiven Kräfteverhältnis auszugehen. Wenn dieses es nicht erlaubt, einige rechtliche und moralische Normen einzuhalten, dann werden diese auch nicht realisiert. Die Politik ist immer noch die Kunst des Möglichen. Um so mehr, als die Welt eine neue Stufe der realen Globalisierung, der realen Vergesellschaftung der Produktion erreicht hat. Das sind doch keine Erfindungen unserer Gegner, das sind reale Prozesse. Leider haben sich die Kommunisten in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur bei uns zu Hause in eine Partei des „Sozialismus in einem Land“ verwandelt. Darüber hinaus vermögen sie in der Regel nichts zu erkennen – oder wollen es nicht. Daraus erklären sich in vielerlei Hinsicht ihre Niederlagen. Lenin hat immer hervorgehoben, dass man, wenn man irgendeine politische Entscheidung zu treffen hat, sei es die Möglichkeit an die Macht zu gelangen oder die Notwendigkeit, Kompromisse zu schließen, das Kräfteverhältnis nicht nur im eigenen Land, sondern in der ganze Welt zu berücksichtigen hat. Dabei war die Rede von einem Niveau der Internationalisierung, das wir vor 100 Jahren hatten. Was sollen wir da heute sagen? Sollten wir etwa in geringerem Maße Internationalisten sein, als Lenin vor 100 Jahren? In einer noch stärker verflochtenen, wechselseitig abhängigen Welt? In einer Welt des Internet, wo jeder sein Kapital – so er über eins verfügt - per Mausklick von einem Ende der Welt ans andere werfen kann?

Hierzulande finden sich Linke, die auf infantilem Niveau eine Vulgärvariante des 3. Parteiprogramms der KPdSU auflegen und verkünden: Wenn sich erst die russischen Werktätigen die Güter des Kommunismus – wohlgemerkt, die Güter! - angeeignet haben, werden sie Millionen anderer Menschen auf der ganzen Welt für den Kommunismus begeistern können. Warum es bis dato nicht geklappt hatte? Da sei eben für die einen Stalin, für die anderen Chruschtschow verantwortlich gewesen – irgend jemand hat immer den Prozess gestört. Heute nun – Putin. Er sei bereit die Ukraine zu opfern, dann den Donbass und Syrien – daher, so schreiben wirklich einige in den Netzwerken, legt euch einen Waffenvorrat an, baut euch Bunker in den Wäldern und wartet auf eure Stunde.

Ob das nicht auch von irgendjemand angeheizt wird? Früher kam man doch schon für geringere Vergehen ins Gefängnis – diesen aber schenkt man Gehör, das muss doch jemand fördern ...